



Antragsformular

Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines Regionale Versorgungszentrums

Angaben zum Antragsteller	
Kommune (Gemeinde, Samtgemeinde oder Landkreis)	
Anschrift	
Ansprechpartner/in (inkl. Telefonnummer, E-Mail-Adresse)	
Vorhaben wird in Kooperation mit einer anderen Kommune durchgeführt	<input type="checkbox"/> Ja, mit: <input type="checkbox"/> Nein

Angaben zum Vorhaben und zur Ausgangslage	
Ein freier und besetzbarer Hausarztsitz im Versorgungsbereich der KVN liegt vor.	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar [Anzahl] <input type="checkbox"/> Nein
Prognose 2035 der KVN für den hausärztlichen Versorgungsgrad im Planungsbereich	Der Versorgungsgrad liegt bei [Angabe in %]
Geplante bezugsebene der Machbarkeitsstudie	<input type="checkbox"/> Gemeinden auf Landkreisebene werden im Rahmen der Machbarkeitsstudie begutachtet. <input type="checkbox"/> Eine Gemeinde/Samtgemeinde wird im Rahmen der Machbarkeitsstudie begutachtet. ((Samt-)Gemeinde angeben)
Bitte nehmen Sie eine Kurzbeschreibung der Kommune vor, auf die sich die Machbarkeitsstudie bezieht (z. B. geografische Lage, Einwohnerzahl, Stichpunkte hausärztliche Versorgung, Herausforderungen Daseinsvorsorge)	

Finanzplanung für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie	
Beantragung Fördermittel (90 %) (hier soll aufgrund von Erfahrungswerten/Recherchen die Ausgaben geschätzt und angegeben werden.)	<input type="checkbox"/> Es werden ,00 € beantragt. [Angabe in EUR]
Angabe der Gesamtausgaben	<input type="checkbox"/> Die Gesamtausgaben belaufen sich auf ,00 € [Angabe in EUR]

Bitte beachten Sie die nachfolgende Seite



Angaben zu ersten Vorüberlegungen

Gibt es bereits erste Vorüberlegungen in Bezug auf die Errichtung eines RVZ?
Wenn ja,
- welche sind das und
- welche kommunalen Gremien haben sich bereits damit befasst?

Durchführungszeitraum und Zeitplan

Geplanter Durchführungszeitraum
(von – 31.12.2025)

- **31.12.2025** [Angabe TT.MM.JJJJ]

Das Vorhaben **muss am 31.12.2025 abgeschlossen** sein. Bitte erstellen Sie einen Zeitplan mit Meilensteinen.
(z. B. Vorbereitung/Umsetzung der Ausschreibung, Zuschlag, Umsetzungszeitraum, Begleitungsaktivitäten usw.)

Wird eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns beantragt?
(erst nach Erteilung einer Genehmigung ist ein vorzeitiger Maßnahmebeginn unschädlich, jedoch besteht weiterhin kein Anspruch auf Förderung)

Ja, zum:

[Angabe TT.MM.JJJJ]

Nein



Erklärungen der antragstellenden Kommune

1. Rechtsanspruch

Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht.

2. Vorhabenbeginn

- Ich/Wir erkläre(n) ausdrücklich, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch vor Rechtskraft des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird.
- Mir/Uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn zum Beispiel der Abschluss eines Dienstleistungsvertrages zu werten ist.

Die Bewilligungsbehörde kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen. In diesen Fällen ist die vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde zum vorzeitigen Vorhabenbeginn Förderungsvoraussetzung.

3. Doppelförderungsverbot

- Ich erkläre/Wir erklären, dass das Vorhaben oder Teile davon nicht mit Mitteln aus anderen Landes-, Bundes- oder EU-Programmen sowie kommunaler Programme gefördert wird bzw. hierfür kein weiterer Antrag gestellt wurde.
- Mir/Uns ist bekannt, dass eine Inanspruchnahme dieser weiteren Mittel den Tatbestand einer unzulässigen Doppelförderung des Projekts erfüllen würde und eine Förderung somit nicht erfolgen kann.

4. Wirtschaftlichkeit

Ich/Wir erkläre(n), dass die Ausgaben notwendig und angemessen sind und unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ermittelt werden.

5. Gesamtfinanzierung

Ich/Wir erkläre(n), dass die Gesamtfinanzierung bei Gewährung der beantragten Zuwendung hinreichend gesichert ist.

6. Vorsteuerabzug

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir für dieses Vorhaben:

- vorsteuerabzugsberechtigt bin/sind.
 nicht vorsteuerabzugsberechtigt bin/sind.

7. Subventionserhebliche Tatsachen

Mir/Uns ist bekannt, dass folgende in diesem Antrag (inkl. dieser Erklärungen) sowie in den Unterlagen, die diesem Antrag ggf. beigelegt sind, anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuchs (StGB) sind und, dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

8. Vollständigkeit und Richtigkeit

Ich/Wir erkläre(n), dass die in diesem Antrag gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

Ort, Datum

Unterschrift(en) der vertretungsbefugten Person(en)/Stempel